



### Presseschau vom 15.10.2020

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*.

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

### Außer der Reihe – Lesetipps:

**Liudmila Kotlyarova: Sergej antwortet Heiko – Experte: „Politische Scheidung“ quasi vollendet**

Sowohl mit Berlin als auch mit der EU dürfte der politische Dialog Russlands in absehbarer Zeit der Vergangenheit angehören. Mit der gegenwärtigen Führung der EU habe dieser nicht einmal begonnen, sagt der Politologe Dmitri Trenin gegenüber Sputnik und weist auf den Haken hin. Ein Kommentar. ...

<https://sptnkne.ws/DYG2>

**Rüdiger Rauls: Wahlbetrug mit Ansage**

Am 6. Dezember dieses Jahres wird in Venezuela ein neues Parlament gewählt. Das Ergebnis dieser Wahl steht für den Wertewesten bereits fest. ...

<https://sptnkne.ws/DYPg>

**de.sputniknews.com: Alijew: Baku wird niemals der Unabhängigkeit von Karabach zustimmen – Exklusiv**

Seit Ende September kommt es zu Kampfhandlungen in Bergkarabach. Nach dem Treffen der Außenminister Russlands, Aserbaidschans und Armeniens in Moskau konnte man ein Waffenruheabkommen erzielen. Die Seiten behaupten aber, dass dies in der Praxis weitgehend nicht beachtet werden. Ein Exklusivinterview mit Aserbaidschans Präsidenten Ilcham Alijew. ...

...

<https://sptnkne.ws/DYV5>

de.sputniknews.com: **Nikol Paschinjan: Bakus und Ankaras Pläne für „Blitzkrieg“ in Bergkarabach gescheitert**

Der Konflikt in Bergkarabach, der sich Ende September zuspitzte, hat laut manchen Angaben schon mehrere Hunderte Menschen das Leben gekostet. Eine nachhaltige Waffenruhe konnte trotz der Vermittlung Russlands immer noch nicht erreicht werden. Ein Interview mit dem armenischen Premier, Nikol Paschinjan. ...

<https://sptnkne.ws/DYVB>

**abends/nachts:**

de.sputniknews.com: **Knapp 50.000 Euro allein für Charité-Behandlung: Nawalny offenbart, wer die Kosten trägt**

Der Kremlkritiker Alexej Nawalny hat auf Instagram bekannt gegeben, wer die Kosten seiner Behandlung in der Berliner Klinik „Charite“ übernommen hat.

Nawalny wurde mit einem Rettungsflugzeug nach Deutschland gebracht. Die dadurch entstandenen Kosten in Höhe von 79.000 Euro hat laut Nawalny der russische Unternehmer Boris Zimin übernommen. Die endgültige Rechnung für seine Behandlung in der Charité habe sich auf 49.900 Euro belaufen und sei von mehreren Personen bezahlt worden: dem Geschäftsmann Jewgeni Tschitschwarikin, dem Wirtschaftswissenschaftler Sergej Aleksaschenko und dem IT-Spezialisten Roman Iwanow.

Weitere Kosten seiner Unterbringung und Behandlung blieben offen, weil noch nicht klar sei, wie viel Zeit seine vollständige Genesung in Anspruch nehmen werde. Die neusten Proben hätten jedoch gezeigt, dass „alles soweit gut läuft“. „Aber auf jeden Fall übernimmt Jewgeni Tschitschwarikin auch weitere Kosten“, so Nawalny weiter. ...

de.sputniknews.com: **Chef des britischen Geheimdienstes bezeichnet Russland als „feindlichen Staat“**

Der neue Chef des britischen Inlandgeheimdiensts MI5, Ken McCallum, hat bei seinem ersten öffentlichen Auftritt am 14. Oktober von „feindlichen Staaten“ gesprochen. Darunter hat er Russland, China und Iran erwähnt.

Im März dieses Jahres hatte London die Ernennung von McCallum zum Direktor des britischen Geheimdienstes bekannt gegeben. „Unser Ziel ist es, nicht nur Terrorismus zu bekämpfen, sondern auch Großbritannien vor feindlichen Staaten zu schützen. Wir sind mehreren Bedrohungen ausgesetzt: Es geht nicht nur um Spionage und Diebstahl von Staatsgeheimnissen. Im Jahr 2020 stehen wir vor allem den Drohungen an die Bevölkerung entgegen, einschließlich Tötungen - die Vergiftung von Alexej Nawalny erinnert uns an einige Vorfälle. Unter Gefahr stehen unsere Wirtschaft, unsere wissenschaftliche Forschung und Infrastruktur. Und, was derzeit heftig diskutiert wird, unsere Demokratie“, so McCallum.

...

Der Kampf gegen den steigenden ausländischen Einfluss habe sich in den letzten Jahren verschärft, so McCallum. Gründe dafür seien unter anderem zunehmende Desinformationen und Hackerangriffe sowie eine latente Einmischung ausländischer Akteure. Russland hat die Vorwürfe der Einmischung in Wahlen und demokratische Prozesse anderer Staaten sowie der Beteiligung an Hackerangriffen mehrfach zurückgewiesen, sie als Propaganda bezeichnet und betont, dass das Verhängen von Sanktionen anstatt eines Dialogs unproduktiv sei.



[https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/07e4/0a/0e/328176760\\_0:144:3072:1806\\_1000x080\\_0\\_1\\_91074090f48651eabf94d1d60c09f8bf.jpg](https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/07e4/0a/0e/328176760_0:144:3072:1806_1000x080_0_1_91074090f48651eabf94d1d60c09f8bf.jpg)

### de.sputniknews.com: **Blutvergießen beenden: Putin und Erdogan führen Telefonat zu Bergkarabach**

Angesichts des erneut entbrannten Bergkarabach-Konflikts hat der russische Präsident Wladimir Putin in einem Telefonat mit seinem türkischen Amtskollegen Recep Tayyip Erdogan die Notwendigkeit von gemeinsamen Anstrengungen betont. Laut dem Kremlchef kann nur so das Blutvergießen beendet werden.

Beide Präsidenten hätten auf die Einhaltung der Waffenruhe verwiesen, auf die sich Armenien und Aserbaidschan am 10. Oktober unter russischer Vermittlung geeinigt hätten. Sie hätten sich auch für die politische Regulierung des Konflikts ausgesprochen. Dringend notwendig seien gemeinsame Anstrengungen, nur so könne das Blutvergießen beendet werden, betonte Putin in dem Gespräch.

Ferner sei „die Hoffnung geäußert“ worden, dass die Türkei als Mitglied der Minsker Gruppe der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) „einen konstruktiven Beitrag zur Deeskalation des Konflikts leisten wird“. Der russische Präsident habe sich zudem „ernsthaft darüber besorgt“ gezeigt, dass sich auch islamistische Kämpfer an dem Konflikt beteiligen würden, so der Kreml weiter.

Am 9. Oktober trafen die Außenminister von Armenien und Aserbaidschan auf Initiative Russlands zusammen. In den mehr als zehn Stunden dauernden Verhandlungen einigten sich die Konfliktparteien auf einen Waffenstillstand sowie auf einen Gefangenen- und Gefallenenaustausch. Doch schon bald darauf meldeten beide Seiten Verstöße gegen die Waffenruhe. Der russische Außenminister Sergej Lawrow brachte kürzlich die Entsendung von Friedenstruppen ins Gespräch. Diese sollten über die Einhaltung der Waffenruhe in Bergkarabach wachen. Ein dementsprechender Mechanismus müsste dann auf militärischer Ebene und von den betroffenen Seiten vereinbart werden, sagte Lawrow in einem Interview mit russischen Journalisten. ...

### **vormittags:**

### de.sputniknews.com: **Bergkarabach-Konflikt: Es gibt keine türkische Militärbeteiligung – Aserbaidschans Präsident**

In Bergkarabach gibt es laut dem Staatschef Aserbaidschans Ilham Alijew keine türkische Militärbeteiligung. Zum Thema äußerte er sich in einem Interview mit dem TV-Sender „France 24“.

„Es gibt keine Militärbeteiligung der Türkei“, sagte Alijew. Laut seinen Worten sind solche

Berichte Fake-News.

„Wir nutzen türkische Militärausrüstung, das ist wahr. Aber wir nutzen auch Militärausrüstung Russlands, (...) Israels, (...) anderer Länder“, erläuterte er weiter. Alijew betonte, dass Aserbaidschan im Gegensatz zu Armenien die Militärausrüstung nicht kostenlos erhalte, sondern finanziell dafür aufkomme. Die Türkei beteilige sich auf keinen Fall an dem Prozess, unter Ausnahme der politischen Ebene. „Hier gibt es keine türkischen Kräfte“, fuhr er fort.

Laut Alijew befinden sich zwar türkische F-16-Kampffjets auf dem aserbaidschanischen Territorium, sie seien aber lediglich nach gemeinsamen Militärübungen dort geblieben. „Übrigens hatten wir mit der Türkei voriges Jahr zehn gemeinsame Manöver, darunter auch Übungen der Luftstreitkräfte. In diesem Jahr haben wir aufgrund der Pandemie nur zwei Übungen durchgeführt. Es kam so, dass nach dem Militärmanöver die aktuellen Zusammenstöße begannen. Daher haben wir beschlossen, die F-16 auf dem Boden zu lassen, und sie sind auch auf dem Boden und nicht in der Luft.“ ...



[https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/09/1e/328053318\\_0:115:1899:1143\\_1000x0\\_80\\_0\\_1\\_cceb05ba15019310d4ce5929a132d716.jpg](https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/09/1e/328053318_0:115:1899:1143_1000x0_80_0_1_cceb05ba15019310d4ce5929a132d716.jpg)

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 14. Oktober 2020 wurden keine Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

de.sputniknews.com: **Xi Jinping fordert Marineinfanteristen zur Vorbereitung auf Krieg auf**

Der Staatspräsident der Volksrepublik China, Xi Jinping, hat bei einem Besuch der Basis des Marinekorps der Volksbefreiungsarmee die Marinesoldaten dazu aufgerufen, ihre Bemühungen auf die „Vorbereitung auf einen Krieg“ zu konzentrieren. Darüber berichtete der chinesische Sender CCTV.

Am Mittwoch fanden feierliche Veranstaltungen zum 40. Jahrestag der Sonderwirtschaftszone Shenzhen in der südchinesischen Provinz Guangdong statt, die von dem größten Fernsehsender Chinas, CCTV, übertragen wurden.

Der TV-Sender berichtete unter anderem, dass der chinesische Staatspräsident eine in der Stadt Chaozhou stationierte Basis des Marineinfanteriecorps inspiziert habe. Xi habe Marineinfanteristen aufgefordert, ihre erhöhte Bereitschaft aufrecht zu erhalten, hieß es. Zudem habe er darauf verwiesen, dass die Militärs durchaus loyal, zuverlässig und tadellos sein müssten.

„(Sie müssen – Anm. d. Red.) all ihre Gedanken und Kräfte auf die Vorbereitung auf einen Krieg konzentrieren und in erhöhter Kampfbereitschaft sein“, zitierte ihn der Fernsehsender.

Gegen wen ein solcher Krieg geführt werden könnte, präzisierte er nicht. Xi habe das Marineinfanteriekorps als einen Elitegroßverband der chinesischen Armee bezeichnet, der dazu bestimmt sei, die Souveränität, Sicherheit, territoriale Integrität und Interessen des Landes zu schützen.

Zuvor hatte die Nachrichtenagentur Xinxua berichtet, dass der chinesische Staatschef eine Formation des Marineinfanteriekorps der Volksbefreiungsarmee in der Stadt Chaozhou (Provinz Guangdong) inspiziert hat. Xi habe dazu aufgerufen, den Marinekorps zu Elitetruppen zu entwickeln.



[https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/07e4/0a/0f/328178473\\_0:386:3072:2048\\_1000x0\\_80\\_0\\_1\\_a4a2f938f2c85ee4b9b8b7d5a82e0f7c.jpg](https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/07e4/0a/0f/328178473_0:386:3072:2048_1000x0_80_0_1_a4a2f938f2c85ee4b9b8b7d5a82e0f7c.jpg)

### **dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 14. Oktober 3:00 Uhr bis 15. Oktober 3:00 Uhr**

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU 4.

Auf das Territorium der DVR wurden in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen geschossen:

Richtung Donezk: Mörser des Kalibers 82mm – einmal (9 Geschosse); Granatwerfer – einmal (1 Granate);

Richtung Mariupol: Schusswaffen – einmal.

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Bezirke/Ortschaften:

**Kaschtanowoje, Jakowlewka, Donezk (Volvo-Zentrum), Leninskoje.**

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Um 11:20 Uhr wurden zwei Detonationen auf den Positionen der BFU bei Awdejewka festgestellt, es wurden Flüge von Drohnen der BFU um 14:40 Uhr im Gebiet von Nowomarjewka und um 15:45 Uhr im Gebiet der Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks in Donezk festgestellt, um 16:35 Uhr wurde in der Nähe der Positionen der BFU bei Awdejewka eine Detonation registriert.

**Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 10.**

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 17.

### **sputnik.by: Der Anwalt von Babariko und Kolesnikowa verlor seine Lizenz**

Pyltschenkos Aussagen wurden als Diskreditierung des Titels eines Anwalts angesehen, weshalb ihm seine Lizenz entzogen wurde.

Die Qualifikationskommission für die Anwaltschaft hat die Lizenz von Rechtsanwalt Alexander Pyltschenko widerrufen, zu dessen Mandanten der Ex-Bankier Wiktor Babariko

und das Mitglied des oppositionellen Koordinierungsrates Maria Kolesnikowa gehören, berichtete das belarussische Justizministerium.

„Der Anwalt der Anwaltskammer der Stadt Minsk, Alexander Pyltschenko, äußerte sich inkompetent in den Medien und forderte offen illegale Handlungen, darunter das „Blockieren und Entwaffnen von Militäreinheiten“, teilte das Ministerium mit.

Es wurde auch berichtet, dass die Worte des Anwalts die Öffentlichkeit in Bezug auf die Befugnisse staatlicher Stellen irreführten und nicht mit den Verfahrensnormen übereinstimmten.

Das Justizministerium stellte klar, dass die Kommission zu dem Schluss kam: Pyltschenkos Handlungen diskreditieren den Titel eines Anwalts, daher wurde seine Lizenz beendet. Darüber hinaus verlor die Anwältin des Regionalkollegiums Brest, Julia Lewantschuk, deren Mandantin die Besitzerin eines Minsker Blumenladens war, die neulich festgenommen worden war, ihre Lizenz. Sie drohte ihm nach Angaben des Justizministeriums in ihrer Korrespondenz einem Ermittler.

Derzeit ist der Ex-Bankier Wiktor Babariko inhaftiert, er ist ein Angeklagter in einem Fall von Finanzbetrug - Steuerhinterziehung und Legitimierung von Geldern, die mit kriminellen Mitteln beschafft wurden. Kolesnikowa befindet sich ebenfalls in Haft. Sie wird beschuldigt, nach der Einrichtung des Koordinierungsrates die Machtergreifung gefordert zu haben.



<https://cdn12.img.sputnik.by/images/07e4/07/0a/1045132349.jpg>

**Lug-info.com: In der DVR sind am 15. Oktober um 9:00 Uhr 1273 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt. Davon wurden bis 926 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen. Seit Beginn der Pandemie gab es 58 Todesfälle.**

**de.sputniknews.com: Präsident von Kirgistan tritt zurück**

Der kirgisische Präsident Sooronbai Dscheenbekow tritt zurück, teilte sein Pressedienst am Donnerstag mit.

„Ich halte nicht an der Macht fest. Ich möchte nicht in die Geschichte Kirgisistans als Präsident eingehen, der Blut vergoss und auf seine eigenen Bürger schoss“, erklärte er in seiner Ansprache an die Bürger.

Zudem rief er den neuen Premier, Sadyr Schaparow, sowie andere Politiker dazu auf, ihre Anhänger aus Bischkek hinauszuführen und „ein friedliches Leben zurückzubringen“.

„Keine Macht ist die Integrität unseres Staates und die Harmonie in der Gesellschaft wert“, so Dscheenbekow.

Wie Sputnik berichtete, hätten die Protestierenden, die sich am Donnerstagmorgen vor dem Hotel „Issyk-Kul“ in der Hauptstadt Bischkek versammelt hatten, auf die Nachricht über den Rücktritt Dscheenbekows mit freudigen Rufen und Pfiffen reagiert.

Daraufhin hätten sie eine neue Forderung gestellt – nämlich, das Parlament aufzulösen und dessen Sprecher, Kanatbek Issajew, der nun die Vollmachten des Präsidenten inne habe, zu entlassen. ...



[https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/07e4/0a/0f/328179618\\_0:30:2850:1572\\_1000x0\\_80\\_0\\_1\\_2cb154f71ad24b2656082b852917c192.jpg](https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/07e4/0a/0f/328179618_0:30:2850:1572_1000x0_80_0_1_2cb154f71ad24b2656082b852917c192.jpg)

**ukrinform.de: Chomtschak über Reform der Streitkräfte: Wir müssen unsere Armee und alle Prozesse in ihr zu NATO-Standards bringen**

In den Streitkräften der Ukraine werden die praktischen Maßnahmen im Rahmen der Reform der Armee nach NATO-Standards weiter umgesetzt, sagte gestern im ukrainischen Fernsehen der Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Ukraine, Generaloberst Ruslan Chomtschak, anlässlich des Tags des Verteidigers der Ukraine, berichtet Ukrinform.

„Wir sind jetzt in einer effektiven Etappe, denn die Reform begann im Jahr 2015, und die praktischen Maßnahmen - im Jahr 2019. Wir müssen unsere Armee und alle in den Streitkräften stattfindenden Prozesse zu den Standards der NATO bringen, weil die Prinzipien die Grundlage sind, die wir akzeptieren und umsetzen müssen“, sagte Chomtschak. Dabei merkte er an, dass das wichtigste Prinzip lautet: „Ein Mensch steht vor allem, und um einen Menschen herum bildet sich alles: sowohl die Frage der Vorbereitung als auch die Frage der Anwendung“.

Der Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Ukraine bewertete die internationalen Übungen „Joint Efforts – 2020“.

Ihm zufolge haben diese Übungen und die Teilnahme internationaler Partner an ihnen eine sehr wichtige Rolle bei der gemeinsamen Vorbereitung gespielt.

„Heute ist es mir angenehm festzustellen und dies mit dem Volk der Ukraine zu teilen, dass unsere Partner, unabhängig davon, welche Budgets geplant waren, an diesen Übungen teilgenommen haben. Sie spielten eine sehr wichtige Rolle bei unserer gemeinsamen Vorbereitung, sowohl von der einen als auch der anderen Seite, und sie haben wahrscheinlich unsere Nachbarn beeinflusst, die wahrscheinlich auch von dem, was passiert ist, erstaunt sind“, sagte Chomtschak.



[https://static.ukrinform.com/photos/2020\\_07/thumb\\_files/630\\_360\\_1594032963-272.jpg](https://static.ukrinform.com/photos/2020_07/thumb_files/630_360_1594032963-272.jpg)

Mzdnr.ru: Am 14. Oktober wurden in der DVR 153 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

Am 15. Oktober um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 4905 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

2284 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 2297 als gesund entlassen, es gibt 324 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 21 Personen nach zwei negativen Tests als gesund entlassen.

Außerdem gab es 17 Todesfälle – Männer im Alter von 57 bis 87 Jahren und Frauen im Alter von 29 bis 83 Jahren.

In den letzten 24 Stunden wurden 210 Fälle von Lungenentzündungen registriert, davon sind 98 ins Krankenhaus eingeliefert wurden. Insgesamt befinden sich 1653 Personen wegen Lungenentzündung in Behandlung, davon 396 mit Sauerstoffunterstützung (+36 in den letzten 24 Stunden).

#### de.sputniknews.com: **Russischer Vize-Außenminister nennt Bedingung für Zusammenwirken zwischen Russland und EU**

Der russische Vize-Außenminister Alexander Gruschko hat die Bedingung genannt, unter denen ein normaler Dialog zwischen Moskau und Brüssel möglich ist.

„Von der russischen Seite wurde akzentuiert, dass ein Zusammenwirken mit der EU möglich ist, aber nur auf einer gleichberechtigten Basis und unter Berücksichtigung der legitimen Interessen“, so Gruschko bei planmäßigen Beratungen mit dem stellvertretenden Generalsekretär für politische Angelegenheiten des Europäischen Auswärtigen Dienstes, Enrique Mora.

Während der Gespräche wurden unter anderem die Situation um Bergkarbach sowie die Lage in Libyen, Syrien, im Irak, am Westbalkan und in Venezuela behandelt. Darüber hinaus erörterten sie die Situation in der Ukraine und in Weißrussland.

Am Dienstag hatte Russlands Außenminister Sergej Lawrow das Vorgehen westlicher Länder vor dem Hintergrund des Falls Nawalny kommentiert. Russland könnte laut dem Chefdiplomaten den Dialog mit der EU einstellen, falls Brüssel die Notwendigkeit eines „gegenseitig respektvollen Gesprächs“ nicht einsehe.

Am Mittwoch hatte Kreml-Sprecher Dmitri Peskow mitgeteilt, dass sich der Kreml für einen Dialog mit der EU ausspreche. Zu den aktuellen Beziehungen zu Brüssel äußerte er sich wie folgt „Aber, mag es noch so banal sein, Tango kann man nicht allein tanzen.“

An demselben Tag war bekannt geworden, dass die EU im Zusammenhang mit dem Fall des russischen Bloggers und Kreml-Kritikers Alexej Nawalny sechs Personen und eine



Organisation aus Russland mit Sanktionen belegt werde. ...

**ukrinform.de: Gesundheitsminister Stepanow: Die Ukraine wird russischen Impfstoff gegen COVID-19 nicht kaufen**

Die Ukraine werde das russische Medikament gegen das Coronavirus nicht kaufen, da dieser Impfstoff nicht alle Etappen klinischer Tests bestanden habe, erklärte gestern der Gesundheitsminister der Ukraine, Maksym Stepanow, im ukrainischen Fernsehsender, berichtet Ukrinform.

Nach den Worten des Gesundheitsministers gibt es weltweit keine Beweise dafür, dass dieser Impfstoff, über den in Russland geredet wird, alle Etappen klinischer Tests, und insbesondere die dritte, bestanden hat.

„Gegenwärtig gibt es nicht einmal einen Gesprächsstoff - ob man den russischen Impfstoff kaufen soll oder nicht“, sagte Stepanow.



[https://static.ukrinform.com/photos/2020\\_05/thumb\\_files/630\\_360\\_1589040013-433.jpg](https://static.ukrinform.com/photos/2020_05/thumb_files/630_360_1589040013-433.jpg)

**Lug-info.com: Gemäß einem Erlass des Kohle- und Energieministeriums der LVR beginnt die Heizperiode für die Heizungsobjekte des staatlichen Unternehmens „Luganskgas“ im Gebiet von Lugansk, Altschewsk, Antrazit, Rowenki, Perwomajsk ab 19. Oktober 2020.**

**sputnik.by: Russisches Außenministerium: Weißrussen brauchen keine Anweisungen aus einer ausländischen Hauptstadt**

Moskau fordert den deutschen Außenminister auf, sich nicht in die inneren Angelegenheiten Weißrusslands einzumischen.

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, kommentierte die Worte des deutschen Außenministers, der die EU aufforderte, Sanktionen gegen Alexander Lukaschenko zu verhängen.

„Wir sind sicher, dass die Weißrussen weder von Berlin noch von sonst einer ausländischen Hauptstadt Anweisungen benötigen, um eine Einigung über sozial wichtige Fragen zu erzielen, die sie betreffen. Aggressive Eingriffe des kollektiven Westens in die internen politischen Prozesse von Drittländern führen ausnahmslos zur Entstehung neuer Krisenzentren auf der Welt“, sagte Sacharowa bei einem Briefing am Donnerstag.

Zuvor hatte Bundesaußenminister Heiko Maas die EU zuvor, persönliche Sanktionen gegen den belarussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko zu verhängen. Laut Maas seien aktivere Maßnahmen erforderlich, da „die Repressionen gegen Demonstranten in Belarus anhalten“.

Kanada hat am 15. Oktober bereits die Sanktionsliste für Belarus erweitert. Auf der aktualisierten „Schwarzen Liste“ stehen der ehemalige Generalstaatsanwalt Alexander

Konyuk, Justizminister Oleg Slischewskij und der erste stellvertretende Innenminister Gennadi Kasakewitsch.

Die Beziehungen zu den Nachbarländern verschlechterten sich nach den Präsidentschaftswahlen in Belarus am 9. August. Seit diesem Moment halten die Protestaktionen derjenigen, die mit der Tatsache nicht einverstanden sind, dass Alexander Lukaschenko die Wahlen gewonnen hat, im Land an.

**dan-news.info: Der Einwohner der DVR W.N. Dsyzjuk wurde wegen Spionage zugunsten von ukrainischen Geheimdiensten zu 16 Jahren Freiheitsentzug verurteilt**, teilte die Generalstaatsanwaltschaft der DVR mit. Nach Angaben der Ermittlung wurde Dsyzjuk im November 2015 auf dem Territorium der Ukraine von einem Mitarbeiter der Hauptabteilung Aufklärung des Verteidigungsministeriums der Ukraine als inoffizieller Mitarbeiter angeworben. Von Dezember 2015 bis März 2017 sammelte der Beschuldigte Informationen über Stationierungsorte von Einheiten der Streitkräfte der DVR und übergab sie der ausländischen Aufklärung der Hauptabteilung Aufklärung des Verteidigungsministeriums der Ukraine über Internet-Messenger.

Außerdem gehörte Dsyzjuk zu einer Gruppe, die zu einer Terrororganisation gehörte, die unter Beteiligung der Hauptabteilung Aufklärung des Verteidigungsministeriums der Ukraine gegründet worden war, und durchlief eine Ausbildung im Bau von Sprengeinrichtungen. Nach der Ausbildung, im Mai 2017, transportierte er rechtswidrig zwei Sprengeinrichtungen über die Staatsgrenze der DVR von Territorium der Ukraine aus, um Terrorakte auf dem Territorium der Republik zu verüben.

Die Aktivität der Hauptabteilung Aufklärung des Verteidigungsministeriums der Ukraine ist vom obersten Gerichtshof der DVR als extremistisch eingestuft.

**de.sputniknews.com: Fall Nawalny: EU verhängt Sanktionen gegen Russland**

Die Europäische Union hat im Zusammenhang mit dem Fall des russischen Bloggers Alexej Nawalny Sanktionen gegen Russland verhängt. Das geht aus dem Amtsblatt der EU (Official Journal of the European Union) hervor.

Die Sanktionen treten am Tag der Veröffentlichung (15. Oktober) in Kraft. Die verhängten Einschränkungen betreffen sechs Personen und ein Forschungsinstitut.

Von den Sanktionen betroffen sind der FSB-Chef, Alexander Bortnikow; der Chef der Verwaltung des russischen Präsidenten für Innenpolitik, Andrej Jarin; der erste Stellvertretende der Präsidentschaftsadministration, Sergej Kirijenko; der Sibirien-Beauftragte des russischen Präsidenten, Sergej Menjajlo, sowie die Vizeverteidigungsminister Pawel Popow und Aleksej Kriworutschko.

Zudem wurden Einschränkungen unter anderem gegen das Staatliche Forschungsinstitut für Organische Chemie und Technologie (GosNIIOKhT) verhängt.

Die Einschränkungen sehen das Verbot für Reisen in die EU und das Einfrieren von Aktiva in der EU vor.

Die Sanktionen zum Fall Nawalny wurden im Rahmen der Einschränkungsmaßnahmen für die Ausbreitung und den Einsatz der Chemie-Waffen eingeführt. Sie waren zuvor gegen Personen verhängt worden, die aus EU-Sicht mit der Vergiftung von Sergej und Julia Skripal im Jahre 2018 verbunden gewesen sind.

Das britische Außenministerium erklärte am Dienstag, dass Großbritannien Sanktionen wegen des Falls Nawalny gegen russische Bürger verhängt habe. Auf der Sanktionsliste stehen dieselben Menschen, die die EU zuvor sanktioniert hatte.

Die Aktiva der betroffenen Menschen werden eingefroren. Auch sind ihnen Reisen nach Großbritannien untersagt. ...



[https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/07e4/0a/0f/328180839\\_0:147:3072:1809\\_1000x0\\_80\\_0\\_1\\_47a263c54f631a184455e5c88ef6e485.jpg](https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/07e4/0a/0f/328180839_0:147:3072:1809_1000x0_80_0_1_47a263c54f631a184455e5c88ef6e485.jpg)

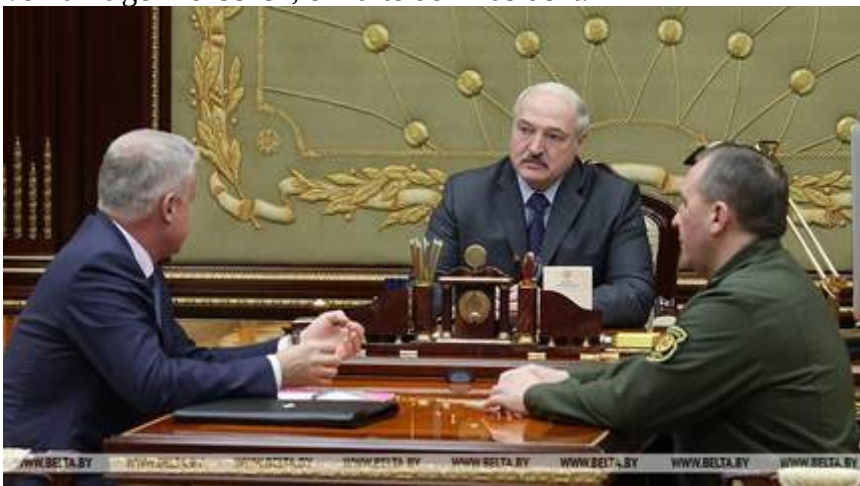
**nachmittags:**

deu.belta.by: **Lukaschenko: Wir haben ein friedliches Land**

Der wichtigste Grund der heutigen innenpolitischen Ereignisse in Belarus liegt im äußeren Einfluss. Das erklärte der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko beim Treffen mit dem OVKS-Generalsekretär Stanislaw Sas.

„Die Welt durchlebt eine schwierige Zeit. Die Ereignisse wurden noch vor den Wahlen prognostiziert. Meine Prognose über Pandemie, über die derzeitige Lage bestätigte sich hundertprozentig. Leider sind unsere westlichen Partner in Bezug auf Belarus zu weit gegangen“, betonte Alexander Lukaschenko.

Belarus sei ein ruhiges Land. Nur in Minsk wisse man nicht, wie weiter zu leben sei. Wir würden dieses Problem lösen, daran zweifle der Präsident nicht. Die innenpolitischen Schwierigkeiten seien auf äußere Gründe zurückzuführen. Ohne äußeren Einfluss würde es eine solche Entwicklung in Belarus nicht geben. Das würden wir meistern. Belarussen seien vernünftige Menschen, erklärte der Präsident.



[https://deu.belta.by/images/storage/news/with\\_archive/2020/000019\\_1602754388\\_53243\\_big.jpg](https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2020/000019_1602754388_53243_big.jpg)

**dan-news.info/dnronline.su: Pressekonferenz des Gesundheitsministers der DVR  
Alexandr Oprischtschenko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)**

Derzeit gibt es in der DVR 34 Coronavirus-Basen. Dort arbeiten 2962 Mitarbeiter, davon

2709 in den sogenannten „Roten Zonen“. Eine Ausweitung der Basen ist in der nächsten Zeit nicht geplant. Derzeit wird Sauerstoffausrüstung in großer Zahl gekauft, die Zahl der Betten in den bereits bestehenden Infektionskrankenhäusern wird ausgebaut werden.

Was die Versorgung der Krankenhäuser mit Medikamenten und Material betrifft, so bestand dort ein Problem mit einer nicht ausreichenden Finanzierung. Jetzt wurde eine ausreichende Summe für die Versorgung der Krankenhäuser mit Medikamenten zur Verfügung gestellt und gestern hat das staatliche Unternehmen „Medikamente des Donbass“ begonnen, Medikamente und individuelle Schutzmittel zu kaufen. Außerdem sind die ersten Partien Antibiotika, Gerinnungshemmer, Atemfilter, Masken, Handschuhe, Schutzkleidung für erhöhten Schutz, Schilde, Brillen und weiteres Notwendiges für die Mitarbeiter der medizinischen Einrichtungen eingetroffen.

In den nächsten zwei Wochen wird eine große Zahl von Tests gekauft werden, die nach der Antikörpermethode funktionieren. Um diese Tests auszuwerten gibt es 24 Laboratorien in Krankenhäusern der DVR. Nach Erhalt dieser Tests kann jeder, der dies will, auf Staatskosten getestet werden.

Derzeit werden in der Republik pro Tag etwa 500 Tests durchgeführt. In der Republik gibt es zwei Laboratorien, die PCR-Tests durchführen. Insgesamt können wir 320 solcher Tests am Tag durchführen. Zwei weitere Laboratorien in der DVR können derzeit Antikörpertests durchführen, aber es sind private Laboratorien, deswegen sind die Tests kostenpflichtig. Insgesamt werden nach unseren Berechnungen pro Tag 480 Tests durchgeführt.

Die DVR hat einen Antrag an die RF gestellt, um den russischen Impfstoff gegen die Coronavirusinfektion zu erhalten. Die Genauigkeit ist etwa dieselbe wie bei PCR-Tests.

An erster Stelle bei den Erkrankungen sind derzeit Lungenentzündungen, sowohl aufgrund einer Coronavirusinfektion als auch andere Arten. In den letzten drei Wochen haben wir eine Zunahme der Erkrankungen, wenn es vorher pro Tag 30 bis 40 Personen mit Lungenentzündung waren, so sind es heute 210. 60 bis 70% aller Lungenentzündungen sind Folgen einer Coronavirusinfektion.

Wir haben fast 5000 Patienten, bei denen offiziell eine Coronavirusinfektion bestätigt ist, wir wissen, dass es tatsächlich mehr als zwei- oder dreimal so viele sind. Stationär werden derzeit 2284 Menschen mit einer Coronavirusinfektion behandelt, diese Diagnose ist aber nicht immer schlimm, sehr viele können mit einer leichten Form ambulant behandelt werden.

#### de.sputniknews.com: **Ukraine: Selenski lässt Bürger über „fünf wichtige Fragen“ entscheiden**

Die ukrainische Regierung will im Zuge der in Kürze bevorstehenden Kommunalwahlen eine Befragung durchführen. Laut Präsident Wladimir Selenski sollen den Bürgern „fünf wichtige Fragen“ gestellt werden. Vorweg hat er aber nur zwei davon genannt.

Die erste Frage lautet, ob schwere Korruptionsverbrechen mit lebenslanger Haft geahndet werden sollen, kündigte Selenski am Mittwoch an. Am Donnerstag formulierte er die zweite Frage.

„Heute Frage Nummer zwei: Stimmst Du zu, dass im Donbass eine freie Wirtschaftszone geschaffen werden soll?“, äußerte der Präsident in einem Video via Telegram. Er rief die Bürger dazu auf, am Sonntag zu den Urnen zu gehen und zu entscheiden.

Das ukrainische Parlament hatte für den 25. Oktober Kommunalwahlen angesetzt. In den östlichen Regionen um Donezk und Lugansk (Donbass), die nicht unter Kontrolle der Kiewer Regierung stehen, wird allerdings nicht gewählt.

Als Voraussetzung für die Durchführung von Wahlen in diesen Regionen forderte das Parlament unter anderem den Abzug sämtlicher „bewaffneten Formationen“ und die Übernahme der Kontrolle der ukrainisch-russischen Grenze durch Kiew.

Am Dienstag rief Präsident Selenski die Bürger auf, zu den Urnen zu gehen und auf „fünf wichtige Fragen“ zu antworten. Die Fragen hatte er zuerst nicht erwähnt.



[https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32646/85/326468531\\_0:90:2992:1708\\_1000x0\\_80\\_0\\_1\\_a9ea2e47820451f6f115e415f98f147d.jpg](https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32646/85/326468531_0:90:2992:1708_1000x0_80_0_1_a9ea2e47820451f6f115e415f98f147d.jpg)

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 15.10.2020**

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen bewaffneten Formationen **vier Feuerprovokationen** durchgeführt.

So haben in **Richtung Donezk** Kämpfer des 23. Bataillons der 56. Brigade aus Richtung Peski das Feuer mit Schusswaffen auf das **Volvo-Zentrum** von Donezk eröffnet.

Soldaten der 54. Brigade haben mit Granatwerfern in Richtung **Jakowlewka** geschossen sowie mit 82mm-Mörsern in Richtung **Kaschtanowoje** und zehn Mörsergeschosse abgefeuert.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer von den Positionen eines Marineinfanteriebataillons der 36. Brigade der BFU im Gebiet von Wodjanoje das Feuer mit Schusswaffen in Richtung **Leninskoje** eröffnet.

Außerdem haben ukrainische Kämpfer zweimal den ersten Punkt der Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Waffenstillstands verletzt, indem sie **Drohnen im Gebiet von Granitnoje** eingesetzt haben.

Bereits **am heutigen Tag** haben Kämpfer des 1. Bataillons der 54. Brigade von den Positionen im Gebiet von Awdejewka mit Antipanzergrenatwerfern auf das Gebiet von **Spartak** geschossen.

**Das Kommando der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ zieht weiter Personal heran und setzt Militärtechnik ein, um finanziellen Nutzen zu erzielen.**

Mitarbeiter des militärischen Rechtsordnungsdienstes haben zwei Soldaten der 35. Brigade festgenommen, die sich während der Dienstzeit damit befassen, Einwohnern von Torezk Baumaterialien, Sand, Kies und Kohle unter Nutzung eines dienstlichen Lastwagens SIL-130 zu liefern. Bei einer vorläufigen Untersuchung wurde festgestellt, dass ein Soldat einer der Einheiten der 35. Brigade seine Telefonnummer auf der Dienstleistungsseite „OLX“ veröffentlicht hat und darauf verwies, dass er Dienstleistungen zum Transport von sperrigen Lasten anbietet. Die Einkünfte der geschäftstüchtigen Soldaten betragen pro Tag 2000 bis 5000 Griwna, 20 Prozent davon wurden dem Bataillonskommandeur für die Möglichkeit dazu zu verdienen gezahlt.

Ein weiterer Vorfall, versucht von Soldaten der ukrainischen Streitkräfte, führte zum glücklichen Zufall nicht zu einem Notfall im Bezirksmaßstab.

So tranken Soldaten eines Panzergrenadierbataillons der 54. Brigade am Abend auf den Positionen Alkohol und begingen den „Tag des Verteidigers der Ukraine“. Nach dem Trinken einer weiteren Portion Alkohol eröffnete der Soldat Sinkow ungeordnet das Feuer mit einem Maschinengewehr, das mit Leuchtmunition geladen war. Infolge des sogenannten Saluts

entstand ein Brand, da trockenes Gras entzündet wurde. Den „miesen Verteidigern“ kamen Einwohner von Werchnetorezkoje zu Hilfe, die mit eigenen Kräften den Brand löschten. Mitarbeiter des militärischen Rechtsordnungsdienstes ihrerseits haben nach unseren Informationen am Abend des gestrigen Tages 63 Soldaten der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ festgenommen, die während der Ausführung ihrer Dienstpflichten betrunken waren.

Eine **deutliche Zunahme des Krankenstandes mit der Coronavirusinfektion** unter den Soldaten in der OOS-Zone und die Tatsache, dass vom kommandierenden Personal keine wirksamen Maßnahmen zur Normalisierung der epidemiologischen Situation ergriffen werden, zwingt das Personal, sich selbst um die eigene Gesundheit zu kümmern.

Eine Quelle im Stab der OOS teilte mit, dass derzeit in der 36. Brigade Mitarbeiter der militärischen Gegenaufklärung des SBU arbeiten, die Lieferkanäle für das russische Präparat „Koronawir“ in die Einheiten des Verbandes aufdecken. Ursache der Kontrolle war, dass dieses Präparat bei einem der Soldaten des 1. Bataillons gefunden wurde, als eine plötzliche persönliche Durchsuchung auf Telefone mit erweiterten Multimediafunktionen durch Mitarbeiter erfolgte.

de.sputniknews.com: **„Bewusster unfreundlicher Schritt“: Kreml äußert sich zu EU-Sanktionen wegen Fall Nawalny**

Der Kreml hält laut den Aussagen des Pressesprechers des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, die jüngst verhängten EU-Sanktionen gegen russische Beamte wegen des Falls des Bloggers Alexej Nawalny für einen unfreundlichen Schritt.

„Zu unserem Bedauern ist es ein bewusster unfreundlicher Schritt gegenüber Russland“, so Peskow am Donnerstag.

„Der EU-Rat hat mit dieser Entscheidung den Beziehungen zu unserem Land geschadet. Moskau wird zweifellos die Situation analysieren und entsprechend seinen eigenen Interessen agieren“, fügte er hinzu.

„Die traurige Seite dieser Frage ist, dass keine Logik einer solchen Entscheidung erkennbar ist, absolut keine Logik – das sind wohl die erschwerenden Umstände einer solchen Entscheidung, die vom EU-Rat getroffen worden ist.“ Außerdem sagte Peskow:

„Im Großen und Ganzen ruft die Entscheidung, die Beziehungen zwischen der EU und Moskau von einer Person, die in Europa für den Anführer der Opposition gehalten wird, abhängig zu machen, nichts außer Bedauern hervor.“

#### **Erste Reaktionen russischer Politiker**

Neben Peskow reagierte auch eine Reihe russischer Politiker auf die jüngsten Einschränkungen der EU. Beispielweise äußerte sich der erste stellvertretende Vorsitzende des internationalen Ausschusses des Föderationsrates, Wladimir Dschabarow, dazu: „(Uns) empört der erneute Versuch der EU-Länder, die amerikanische Erfahrung zu wiederholen und aus jedem Anlass (...) ohne Gerichtsentscheidung und Dokumentenbeweise Sanktionen zu verhängen.“ Er verwies darauf, dass auf der Sanktionsliste der russische FSB-Chef stehe, also „ein Mensch, der gegen den Terrorismus kämpft und unseren Partnern im Anti-Terror-Kampf hilft“.

Laut Andrej Klimow, Chef des Ausschusses für Souveränitätsschutz beim russischen Föderationsrat (Parlamentsoberhaus), wird Russland spiegelbildlich auf die verhängten EU-Einschränkungen antworten.

Das Mitglied des Komitees für auswärtige Angelegenheiten der Staatsduma, Sergej Schelesnjak, sagte dazu: „Die EU-Sanktionen gegen sechs russische Beamte werden die Politik Russlands und die Arbeit von staatlichen Organen nicht beeinflussen, die diese würdigen Menschen vertreten. Die eingeführten Einschränkungen haben einen illegalen Charakter und sind ein politischer Erpressungsversuch gegen unser Land, die jeder Grundlage entbehren.“

## **EU-Sanktionen gegen Russland**

Am 15. Oktober waren die europäischen Sanktionen im Zusammenhang mit dem Fall des russischen Bloggers und Kreml-Kritikers Alexej Nawalny in Kraft getreten.

Von den Sanktionen betroffen sind der FSB-Chef, Alexander Bortnikow; der Chef der Verwaltung des russischen Präsidenten für Innenpolitik, Andrej Jarin; der erste Stellvertretende der Präsidentschaftsadministration, Sergej Kirijenko; der Sibirien-Beauftragte des russischen Präsidenten, Sergej Menjajlo, sowie die Vizeverteidigungsminister Pawel Popow und Aleksej Kriworutschko.

## **Mil-Inr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Ja. A. Osadtschij am 15. Oktober 2020**

In den letzten 24 Stunden wurden nach Angaben der Vertretung der LVR im GZKK **keine Feuerprovokationen** von Seiten des Gegners festgestellt. ...

Das Kommando der OOS behindert weiter die Arbeit der OSZE-Mission, um die Entdeckung von Waffen und Militärtechnik sowie der Verlegung von Personal zu verhindern.

Nach Information unserer Quelle im Stab der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ hat der Kommandeur der Gruppierung Schandar die Kommandeure der unterstellten Verbände und Truppenteile angewiesen, die **Maßnahmen gegen die OSZE-Mission bis hin zur Vernichtung von Spezialbeobachtungsmitteln** der Mission zu verstärken.

Nach uns vorliegenden Informationen haben Kämpfer der 30. und 14. Brigade am 14. Oktober zur Entdeckung und Vernichtung von OSZE-Drohnen zwei Abwehraketenkomplexe 9K33 „Osa“ in Rubeshnoje und Popasnaja stationiert. Außerdem wurde im Verantwortungsbereich der 30. Brigade im Gebiet von Popasnaja eine Station der elektronischen Kriegsführung „Bukowel-AD“ aus dem Bestand des 20. Bataillons für elektronische Kriegsführung entdeckt, deren Aufgabe es ist, die Leitungssignale von Drohnen der OSZE-Mission zu blockieren.

Außerdem wurde auf Befehl des Kommandeurs der 30. Brigade des Kriegsverbrechers Garas im Gebiet von Popasnaja in unmittelbarer Nähe von neuen Positionen des Verbandes ein zusätzlicher Checkpoint errichtet.

Diese Sachverhalte werden vom Bericht der OSZE-Mission vom 14.10.20 bestätigt. ..

**Neben den Beobachtern der OSZE-Mission hat das Kommando der Besatzungskräfte noch einen, aggressiv eingestellten, Gegner – die Kämpfer aus den nationalistischen Organisationen der Ukraine**, die ihr Personal in der OOS-Zone überzeugend verstärken. Allein in dieser Woche haben wir die Ankunft von mehr als 50 radikal eingestellter Nationalisten im Verantwortungsbereich der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ bemerkt.

Ausgehend von dieser Situation hat das Kommando der Gruppierung entschieden, die Patrouillen und Checkpoints zu verstärken, es sind Inventarisierungen von Raketenartilleriewaffenlagern angesetzt. Mitarbeiter des SBU und des militärischen Rechtsordnungsdienstes untersuchen Nichtwohngebäude sowie Neben- und Kellerräume auf Verstecke mit Waffen und Munition. An den Checkpoints erfolgt eine totale Untersuchung von Fahrzeugen.

Im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen ist eine **Zunahme der Unzufriedenheit der Einwohner der von der Ukraine kontrollierten Ortschaften** im Verantwortungsbereich der Gruppierung „Nord“ zu bemerken.

Nach Informationen unserer Quelle in der Verwaltung der Oblast Lugansk ist ein kollektives Schreiben von Einwohnern von Stschastje an den Leiter der Verwaltung S. Gajdaj eingegangen, mit der Bitte, die Ausschreitungen in der Stadt zu stoppen, die von ukrainischen Soldaten unter Deckung von Antiterrormaßnahmen verübt werden. Aus dem Schreiben folgt, dass die Soldaten unter Nutzung ihrer Vollmachten unbehindert in Häuser und Wohnungen kommen, Durchsuchungen durchführen, ihrer Meinung nach „verdächtige“ Elektronik –

Mobiltelefone, Tablets, Notebooks - zu einer angeblichen Kontrolle mitnehmen.

de.sputniknews.com: **In Südrussland geplante Terroranschläge aus Syrien koordiniert: Mutter-Heimat-Statue eines der Ziele**

In der südrussischen Stadt Wolgograd sind laut dem Inlandsgeheimdienst FSB Terroranschläge vereitelt worden. Diese wurden demnach von Syrien aus koordiniert. Die Mutter-Heimat-Statue sei eines der Ziele der Terroristen gewesen.

„Der FSB Russlands hat die Aktivitäten einer interregionalen Zelle der in Russland verbotenen internationalen Terrororganisation ‚Katibat al Tawhid wal Jihad‘, deren aus Zentralasien stammende Mitglieder Diversions- und Terroranschläge in der Stadt Wolgograd geplant hatten, unterbunden“, teilte das PR-Amt des FSB am Donnerstag mit.

„Der Anführer und dessen Komplize, die Terrormittel aus einem im Voraus in Wolgograd eingerichteten Versteck zu holen versuchten, haben bewaffneten Widerstand geleistet und wurden demzufolge eliminiert“, heißt es.

Am Ort des Geschehens sowie an Wohnorten der Islamisten seien Schusswaffen, Munition, chemische Komponenten und Vernichtungselemente für selbst gebastelte Sprengsätze, religiöse Literatur sowie ein Stadtplan von Wolgograd mit Hinweisen auf Orte für die geplanten Terroranschläge beschlagnahmt worden.

„Gleichzeitig wurden in den Städten Moskau, St. Petersburg, Ufa, Maikop und Wolgograd andere Teilnehmer der interregionalen Zelle festgenommen“, heißt es.

**Vorbereitung von Terrorakten aus Syrien koordiniert**

Wie es weiter heißt, wurde die Vorbereitung von Terrorakten in Wolgograd von Syrien aus koordiniert. Islamisten hätten geplant, Verwaltungsgebäude, Wohnheime für Militärs und gefährliche Betriebe in die Luft zu sprengen.

**Statue „Mutter-Heimat ruft!“ im Visier von Terroristen**

Unter anderem war die Statue „Mutter-Heimat ruft!“ laut der Pressemitteilung eines der Ziele der Terroristen.

Die 85 Meter hohe Mutter-Heimat-Statue war im Jahr 1967 auf dem Mamajew-Hügel im südrussischen Wolgograd (bis 1961 Stalingrad) errichtet worden und erinnert an die Schlacht von Stalingrad (von Juli 1942 bis Februar 1943) während des Großen Vaterländischen Krieges.



[https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/07e4/0a/0f/328183858\\_0:8:1920:1046\\_1000x0\\_80\\_0\\_1\\_adc5f17c0c6fe8d5c4df08d90f66a935.jpg](https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/07e4/0a/0f/328183858_0:8:1920:1046_1000x0_80_0_1_adc5f17c0c6fe8d5c4df08d90f66a935.jpg)

armiyadnr.su: **Operative Information der Volksmiliz am 15. Oktober 2020**

Die ukrainischen Kriegsverbrecher verletzen weiter offen die Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden unbefristeten Regimes der Feuereinstellung und gefährden das Leben der friedlichen Bevölkerung der Republik.



Beobachter der DVR im GZKK haben die **Eröffnung des Mörserfeuers** von den Positionen des 1. Bataillons der 54. Brigade der ukrainischen Streitkräfte **in Richtung der Eisenbahnstation „Jasinowataja“ in Jakowlewka** festgestellt. Insgesamt haben die ukrainischen Kämpfer vier Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgefeuert.

Die Kriegsverbrecher eröffneten das Feuer zu dem Zeitpunkt, als Spezialisten der Donezker Eisenbahn Reparaturarbeiten an der Eisenbahnstation durchführten. Über die Durchführung der Arbeiten an diesem Abschnitt war die ukrainische Seite rechtzeitig in Kenntnis gesetzt worden.

Wegen der kriminellen Handlungen der vom Kommando der Besatzungskräfte nicht kontrollierten ukrainischen Kämpfer hat die Arbeitsgruppe die Arbeiten beendet und den Beschussbereich verlassen.

Um Beschuldigungen und Provokationen zu vermeiden, wurde die ukrainische Seite im GZKK im Rahmen des Koordinationsmechanismus über diesen Fall in Kenntnis gesetzt. Wir erinnern daran, dass am 12. Oktober von Seiten der BFU auch ein Beschuss auf eine Reparaturbrigade mit Mörsern des Kalibers 82mm erfolgte.

Wir fordern von der ukrainischen Seite, disziplinarisch gegen den Kommandeur der 54. Brigade, der nicht in der Lage ist, seine Kämpfer zu kontrollieren, vorzugehen und den Koordinator der Kontaktgruppe über die ergriffenen Maßnahmen zu informieren.

#### de.sputniknews.com: **Erste Serie bereits vom Band: Russlands Gesundheitsminister über neuen Corona-Impfstoff**

Der russische Gesundheitsminister Michail Muraschko hat sich zu dem zweiten registrierten und in Russland entwickelten Corona-Impfstoff geäußert. Demnach verfügt das Präparat über gewisse Vorteile bei der Herstellung. Darüber hinaus soll schon die erste Serie Impfstoff vom Band gelaufen und bereits für den Vertrieb bestimmt sein.

Die Technologie zur Herstellung des Impfstoffs hätten bereits vier Betriebe übernommen, sagte Muraschko. Ein Betrieb sei sogar schon weiter.

„Eine der Produktionsstätten hat schon die erste Serie des Vakzins für die Versorgung der Bevölkerung hergestellt. Derzeit laufen noch Tests im Rahmen unserer Gesetzgebung. Jede Serie des Vakzins durchläuft die unbedingte staatliche Kontrolle, bevor sie in Umlauf gebracht wird“, versicherte Muraschko.

Ferner äußerte er sich zu den Vorteilen bei der Herstellung: „Der Impfstoff basiert auf einer anderen Technologie, das erlaubt uns praktisch auf ein bestimmtes Arsenal bei der Herstellung des Vakzins zurückzugreifen (...) da der technologische Ablauf etwas einfacher ist“, sagte der Gesundheitsminister.

Laut Muraschko werden mit dem registrierten Impfstoff demnächst weitere klinische Studien durchgeführt.

„Wir sehen, dass bestimmte medizinische Angaben für die Verwendung dieses und des anderen Impfstoffs („Sputnik V“ - Anm. d. Red.) sprechen“, betonte Muraschko.

Der Gesundheitsminister teilte unter anderem mit, größere Lieferungen des Corona-Impfstoffs seien unter Berücksichtigung der Qualitätskontrolle für Ende November oder für Dezember geplant.

Der russische Präsident Wladimir Putin teilte kürzlich mit, dass der zweite russische Corona-Impfstoff, den das staatliche Wissenschaftszentrum für Virologie und Biotechnologie „Vektor“ entwickelt hat, registriert worden sei. Die russische Vize-Premierministerin Tatjana Golikowa sagte in einer Kabinettsitzung, dass für das Vakzin nun klinische Tests in unterschiedlichen Regionen Russlands anstünden, an denen rund 40.000 Probanden teilnehmen sollen. ...



[https://cdn.de.sputniknews.com/img/07e4/0a/0f/328184988\\_0:368:3072:2030\\_1000x0\\_800\\_1\\_53b149d0b600c544c9fc6096229471cd.jpg](https://cdn.de.sputniknews.com/img/07e4/0a/0f/328184988_0:368:3072:2030_1000x0_800_1_53b149d0b600c544c9fc6096229471cd.jpg)

### de.sputniknews.com: „Vorsätzliche Desinformation“: Türkei zu Vorfall mit griechischer Regierungsmaschine

Das türkische Außenministerium hat die Vorwürfe zurückgewiesen, denen zufolge Ankara das Flugzeug des griechischen Außenministers Nikos Dendias an der irakisch-türkischen Grenze am Mittwochabend vorsätzlich aufgehalten haben soll. Laut dem Sprecher Hami Aksoy hat Griechenland den Flugplan nicht rechtzeitig vorgelegt.

Nach Informationen des griechischen TV-Senders ERT hatten die türkischen Behörden am Mittwochabend ein griechisches Regierungsflugzeug 20 Minuten lang über der türkisch-irakischen Grenze nördlich von Mossul in der Luft gehalten und sich geweigert, den zuvor genehmigten Überflug zu erlauben. An Bord des Flugzeuges befand sich der griechische Außenminister, Nikos Dendhias, der seinen Irak-Besuch absolviert hatte und auf dem Weg zurück nach Athen war.

Griechenland habe um Erlaubnis für den Flug über den türkischen Luftraum gebeten – für die Maschine, mit der Dendias in den Irak geflogen sei, sagte Aksoy. Eine Genehmigung sei erteilt und die griechische Seite sei darüber informiert worden. Allerdings sei im Irak eine Fehlfunktion des Regierungsflugzeuges festgestellt worden. Griechenland habe ein anderes Flugzeug bereitgestellt, das umgehend die Erlaubnis erhalten habe, den türkischen Luftraum zu nutzen. Die neue Erlaubnis habe dieselbe Registrierungsnummer gehabt wie die vorherige. Die Meldungen, denen zufolge die Maschine mit dem griechischen Außenminister Dendias an Bord vor dem Eindringen in den türkischen Luftraum absichtlich aufgehalten worden sei, bezeichnete Aksoy als vorsätzliche Desinformation.

„Das Flugzeug startete vom Irak aus, ohne einen Flugplan vorzulegen, der über das System von (der Europäischen Organisation zur Sicherung der Luftfahrt – Anm. d. Red.) Eurocontrol übermittelt wird. Dieses System hat bestätigt, dass der Plan nicht übermittelt wurde. Als das Flugzeug in unseren Luftraum einflog, wurde der Plan bei den irakischen Behörden dringend angefordert, und nach dessen Erhalt wurde der Flug unter Einhaltung der Sicherheitsmaßnahmen fortgesetzt“, erklärte der Sprecher des türkischen Außenministeriums. „Kein Flugzeug kann ohne den Plan fliegen“, betonte er. „Das ist vor allem für die Sicherheit des griechischen Außenministers notwendig, was unseren griechischen Gesprächspartnern auch mitgeteilt wurde“, fügte Aksoy hinzu.

In den vergangenen Monaten wurden die Beziehungen zwischen Griechenland und der Türkei von dem Streit um Erdgasvorkommen im östlichen Mittelmeer und der damit verbundene Abgrenzung der Meereszonen belastet.

Dnronline.su: Heute fand eine **Videokonferenz des Oberhauptes der DVR Denis Puschilin mit den Leitern von Städten und Bezirken** zu Fragen der Vorbereitung der Republik auf die Herbst- und Winterzeit statt.

„Wir haben nicht nur einfach die Probleme der Vorbereitung auf die Heizperiode erörtert, sondern auch Videos angesehen, bei denen klar wird, dass bis jetzt nicht alle Heizleitungen isoliert sind, in einigen Häusern ist das Dach nicht in Ordnung und an manchen Stellen wurden die zentralen Heizungssysteme nicht getestet, obwohl in den Berichten nur gute Zahlen stehen.

Wegen nicht zufriedenstellender Ausführung von Reparaturarbeiten an Objekten des sozialen Bereichs und des Wohnfonds habe ich den Bürgermeister von Sugres Nikolaj Pojajus entlassen.

Das warme Wetter gibt uns noch einige Tage, um die Fehler operativ zu beseitigen. Nach Beginn der Heizperiode werden wir die Ergebnisse der Vorbereitungszeit noch einmal anhand von Tatsachen erörtern, wenn wir die Reaktionen von unseren Bürgern haben“, kommentierte Denis Puschilin die Ergebnisse der Besprechung.

Deu.belta.by: **Realeinkommen der Belarussen im Januar-August um 5,2% gewachsen**

Das real verfügbare Geldeinkommen der Belarussen hat im Januar-August 2020 105,2% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum ausgemacht. Das gab das Nationale Statistische Komitee der Nachrichtenagentur BelTA bekannt.

Auf Arbeitslöhne entfallen 64,7%. Die Einkommen aus der Unternehmenstätigkeit und anderen gewinnbringenden Aktivitäten machen 7,4% aus. Renten, Beihilfe, Stipendien und anderes betragen 23,1%, Vermögenseinkommen und sonstige Einkünfte belaufen sich auf 4,8%.

Das real verfügbare Geldeinkommen der Bevölkerung sind alle Einkünfte minus Steuern, Abgaben und Beiträge.



[https://deu.belta.by/images/storage/news/with\\_archive/2020/000022\\_1602771518\\_53255\\_big.jpg](https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2020/000022_1602771518_53255_big.jpg)

**abends:**

de.sputniknews.com: **Fall Nawalny: Moskau verspricht EU Reaktion auf Sanktionen**

Nachdem die Europäische Union im Fall Nawalny Sanktionen gegen hohe russische Politiker verhängt hat, stellt Moskau Gegenmaßnahmen in Aussicht. Außenamtssprecherin Maria Sacharowa ruft die EU auf, die Konfrontation nicht weiter eskalieren zu lassen.

„Wir werden diese Schritte, wie Sie schon verstehen, nicht ohne entsprechende Antwort

lassen“, sagte Sacharowa am Donnerstag auf einer Pressekonferenz in Moskau. „Wir rufen die EU ein weiteres Mal dazu auf, zum Völkerrecht zurückzukehren“.

Laut Sacharowa sollte die EU den Weg einer stabilen Zusammenarbeit beschreiten, „anstatt die Konfrontation zu verschärfen“.

Die Europäische Union hatte im Zusammenhang mit dem Fall des russischen Bloggers Alexej Nawalny Sanktionen gegen Russland verhängt. Die Strafmaßnahmen traten am Donnerstag in Kraft. Hiervon betroffen sind FSB-Chef Alexander Bortnikow, der Vizechef der Kreml-Administration Sergej Kirijenko, die Vizeverteidigungsminister Pawel Popow und Alexej Kriworutschko sowie zwei weitere Personen und ein Forschungsinstitut.

Nawalny war am 20. August auf einem Inlandsflug in Sibirien zusammengebrochen. Er wurde zunächst in einem Omsker Krankenhaus behandelt und dort in ein künstliches Koma versetzt. Der 44-Jährige wurde später auf Drängen seiner Familie in die Berliner Universitätsklinik Charité verlegt.

Anfang September wurde Nawalny aus dem Koma geholt und bereits am 23. September aus der Berliner Charité entlassen. Nach Angaben eines Bundeswehrlabors war Nawalny mit einem chemischen Nervenkampfstoff der „Nowitschok“-Reihe vergiftet worden.